

Frage an...

Sollen Casinogelder zweckgebunden verwendet werden?

Wie die Landesrechnung 2018 zeigt werden die Einnahmen aus den Casino-Erträgen mit fast 20 Mio. Franken ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund regte der Abg. Johannes Kaiser in der aktuellen Stunde vom 5. April 2019 an, diese Sondereinnahmen bzw. einen Teil dieser Staatseinnahmen aus den Geldspielabgaben zweckgebunden zugunsten von Sozialwerken und die Bildung zu verwenden.

Am 24. April 2019 reichte die VU-Fraktion u.a. zu dieser Thematik der Zweckbindung ein Postulat ein, das Sie notabene unter www.lie-zeit.li herunterladen können.

Die Bevölkerung würde sich bei der Beurteilung der Vor- und Nachteile von Casinos wahrscheinlich leichter tun, wenn ein bestimmter Anteil der Spielabgaben nicht in die allgemeine Staatskasse fließt, sondern zweckgebundene Verwendung finden würde.



FBP
LIECHTENSTEIN

Marcus Vogt

Auf den ersten Blick scheint es attraktiv, die Steuereinnahmen aus den Casinos bestimmten Kassen zuzuführen, die dann für klar bestimmte Zwecke eingesetzt werden. Beim zweiten Blick ergibt sich aber ein anderes Bild.

Zum einen nimmt sich der Staat die notwendige Flexibilität in der Verwendung der Mittel, weil diese so zweckgebunden sind, zum anderen wirkt die Argumentation doch etwas scheinheilig. Stört man sich nämlich daran, dass die Einnahmen aus Casinos vom Glücksspiel stammen und deshalb kritisch betrachtet werden könnten, müsste man sich auch dann daran stören, wenn sie einem bestimmten Zweck zugeführt werden. Das Geld und seine Herkunft bleiben ja gleich.

Der Vorstoss der VU-Fraktion, ein Bewilligungsmoratorium anzustreben und eine Eingrenzung der Spielbanken-Anzahl zu erreichen, könnte sich zudem als Bumerang erweisen. Bis das Postulat bearbeitet ist können potentielle Betreiber die letzte Gunst der Stunde nutzen, und bis dahin Bewilligungsgesuche quasi auf Vorrat einzureichen. Man erinnere sich dabei an die Ankündigung, als die Subvention der E-Bikes eingestellt wurde. Nie zuvor wurden mehr Elektrofahrräder auf Vorrat mit staatlicher Unterstützung angeschafft.

Der Landesvorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei wird sich am 15. Mai eingehend mit dem Thema «Casinos in Liechtenstein» beschäftigen.



VU.

Günter Vogt

Die Vaterländische Union hat in ihrem Postulat vom 24. April vorgesehen, die Regierung einzuladen, verschiedene Massnahmen zur Gestaltung einer positiven Entwicklung der Casino-Landschaft Liechtenstein zu prüfen. Wir hoffen, dass dieses Postulat, welches im Juni-Landtag behandelt wird, mit einer grossen Mehrheit im Landtag an die Regierung überwiesen wird.

Neben der Schweiz waren auch schon andere Länder so findig, die Glücksspieleinnahmen mit einem gemeinnützigen Zweck zu verknüpfen, um die allgemeine Akzeptanz in der Bevölkerung in dieser Frage zu steigern und die Gewinne, welche beim Staat anfallen, zweckbezogen einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund regten die VU und der parteilose Abgeordnete Johannes Kaiser in der Aktuellen Stunde vom 5. April 2019 an, zumindest einen Teil der Staatseinnahmen zugunsten von Sozialwerken zu verwenden. Diesem Anliegen wurde mit dem erwähnten parlamentarischen Vorstoss nun Rechnung getragen.

So könnten diese Einnahmen zum Beispiel zur Finanzierung der Alterspflege, gegen Altersarmut, zur Speisung der **AHV**, als Unterstützung an das Amt für Soziale Dienste oder zu einer definierenden jährlichen Erhöhung des Staatsbeitrags an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) erwachsen.

Der Ball liegt dann bei der Regierung, dieses Anliegen schnellstmöglich zu beantworten und gezielte Massnahmen zu setzen.



FREIE LISTE

Georg Kaufmann

Einnahmen nicht der allgemeinen Staatskasse zuführen, sondern sie zweckgebunden verwenden? Solche Vorschläge tauchen ab und zu auf, und es lohnt sich, genauer hinzuschauen, wann solche Vorschläge auftauchen. Meistens passiert es bei nicht planbaren oder unerwarteten Einnahmen. Oder auch bei Einnahmen, die aus einem fragwürdigen Geschäft stammen. Auf die fast 20 Millionen Franken aus dem Casino Geschäft 2018 trifft beides zu – unerwartet und ein fragwürdiges Geschäft. Mit der obigen Frage wird nun eine Alibi-Diskussion ausgelöst, welche vor allem zwei Ziele verfolgt: Die Bevölkerung beruhigen und Zeit gewinnen. Was gibt es Schöneres, als gedanklich so viel unerwartetes Geld gleich wieder auszugeben: Soll es in kulturelle Projekte fließen? In Bildungsprojekte? In den Sport? Oder vielleicht doch in die Sozialwerke? Während diese sinnlose Diskussion läuft, läuft auch das äusserst gewinnbringende Geschäft der Casinos munter weiter.

Was wir dringend benötigen, ist eine grundlegende Diskussion über ganz andere Fragen: Schiesst das liberale Geldspielgesetz mit seinen attraktiven Abgabebesätzen über die ursprüngliche Absicht hinaus? Ist Liechtenstein überhaupt auf die Einnahmen aus einem Geschäft mit erwiesenermassen sehr hohem Suchtpotenzial angewiesen? Mit der Aktuellen Stunde im April-Landtag hat die Freie Liste diese Grundsatz-Diskussion angestossen und wird sie weiterführen.



du
die Unabhängigen – für Liechtenstein

Harry Quaderer

Nein, auf gar keinen Fall, wäre die Kurzantwort. Steuereinnahmen dürfen nicht zweckgebunden sein. Jede Steuer fliesst doch, unabhängig von ihrer Art, in den Gesamtopf des Staatshaushalts. Die Regierung präsentiert dem Landtag das Budget für die Staatsausgaben, und der Landtag kann damit einverstanden sein oder auch nicht. Dem Landtag obliegt es, gewisse Ausgaben zu vergrössern oder zu vermindern. Jede Ausgabenposition des Staatshaushalts unterliegt dem Landtag, welcher bekanntlich auch die Finanzhoheit ausübt. Somit sind meines Erachtens die Vorstösse der VU nichts anderes als politische Luftheuler. Ich kann mir nicht vorstellen, dass solche Vorstösse im Sinne des Landtags, und noch viel weniger im Sinne des Steuerzahlers sind. Ich möchte mich jetzt nicht auf juristische Äste hinauslassen, denke aber, dass zweckgebundene Steuereinnahmen gewissermassen das Gleichheitsprinzip verletzen.

Für mich sind diese Vorstösse einfach fadenscheinig. Auf der einen Seite begrüsst man 20 Millionen an Steuereinnahmen, auf der anderen Seite glaubt man, wenn man dieses Geld in Bildung und die **AHV** stecke, das Gewissen über die unangenehme Tatsache beruhigen zu können, dass einige Familien unter ihren spielsüchtigen Eltern zu leiden haben. Das ist doch nur eine Ablassleistung, um sich selber ein gutes Gewissen einreden zu können? Ehrlicher wäre ein Vorstoss «NEIN, wir wollen keine Casinos und verzichten auf 20 Millionen an Steuereinnahmen».



DpL
Demokraten
pro Liechtenstein

Herbert Elkuch

Aus meiner Sicht soll die Finanzierung der Sozialsysteme nicht mit den Erträgen aus bestimmten Einnahmenquellen erfolgen aus dem einfachen Grund, dass deren Finanzierung sicher und unabhängig sein soll. Aus diesem Grund finde ich es vorteilhafter, man gibt alle Einnahmen in die Staatskasse und nimmt dann wieder die notwendigen finanziellen Mittel, angepasst an den Bedarf, heraus. Es darf nicht sein, dass die finanzielle Absicherung von Sozialsystemen, in diesem Fall von Casinos, das sind zwei Privatbetriebe, abhängig gemacht wird. Casinos und Sozialwerke sind totale Gegensätze, und von der Menschlichkeit her nicht vertretbar. Die Finanzierung der Krankenkasse in Abhängigkeit von Erträgen aus Geldspielen zu setzen, ist dies eine sinnvolle Alternative? Ob sich mit einer solchen Zweckbindung die Bevölkerung mit der Akzeptanz von Casinos leichter tut, bezweifle ich. Eine solche Blendung ist durchschaubar. Oder Spielgeld aus Casinos für die **AHV**. Das Gefühl eines Menschen im Ruhestand, seine **AHV-Rente** könnte teilweise Spielgeld sein, das jetzt einer Familie mit Kindern fehlt, ist nicht gerade erbauend. Casinos und Spielsucht haftet Negatives an. Dass in unsere Staatskasse Spielgelder fließen, ist für viele unmoralisch. Hingegen stehen die Einnahmen aus der Alkoholsteuer nicht in der Kritik.



KAISER

Johannes Kaiser

Im Landtag vom April 2019 habe ich klar dafür votiert, dass die Casino-Spielgeldabgaben nicht einfach in die Staatskasse einfließen, sondern diese Sonder-Steuereinnahmen aus diesen Geldspieleinnahmen zweckgebunden der Bevölkerung zukommen zu lassen sind. Und zwar jenen Bevölkerungsschichten in Liechtenstein, die es nötig haben und wo diese Zweckgebundenheit dieser Sonder-Einnahmen den Menschen eine sichere Zukunft verschafft. Liechtenstein würde mit einem zweckgebundenen Einsatz dieser Steuereinnahmen aus Lotto- und Spielgeldabgaben (Casinos) zugunsten von Sozialwerken, Sport usw. nicht alleine dastehen. Die Nachbarstaaten Schweiz und Österreich machen es uns mit ihren entsprechenden Gesetzesgrundlagen vor. Wichtig ist für mich, dass mit der Zweckbindung der finanziellen Mittelverwendung ein Rückfluss an die Bevölkerung erreicht wird – und dort ganz gezielt mit nachhaltiger Zielsetzung zugunsten des Mittelstandes, der Familien, Senioren und unserer Jugend. Meine konkreten Vorschläge für die Zweckbindung von Casino-Spielgeldabgaben:

- Stabilisierung bzw. Senkung der Krankenkassenprämien; Finanzierung der Ausweitung einer Krankenkassenprämien-Verbilligungssystems
- **Unterstützung der AHV-IV-Renten inkl. nachhaltiger Sicherung der 13. Rente für Senioren**
- Adäquate Unterstützung der Mütter/Väter analog Kita-Plätze-Unterstützung
- Bildung/Jugend: Sprachaufenthalte für Schüler (z.B. Bildungsgutscheine); Studienbeihilfen für Studierende